

grüne KopieEIDGENÖSSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT

p.B.15.11.A.2. - KF/zu

VERTRAULICH

Bern, den 20. Juni 1968

An die schweizerischen diplomatischen VertretungenKontaktgespräch mit Vertretern
der Aussenhandelskammer der DDR

Am vergangenen 5. und 6. Juni fanden in Zürich auf ostdeutschen Wunsch hin Besprechungen zwischen einer Abordnung der Aussenhandelskammer der DDR und Vertretern der Handelsabteilung sowie des Vorortes statt. Unser Departement war dabei durch einen Mitarbeiter vertreten, der nach aussen nicht als Angehöriger des EPD, sondern als Sekretär der Delegation bezeichnet wurde, um der Besprechung jeden politischen Aspekt zu nehmen.

Es ging in diesem Kontaktgespräch vor allem darum, die ostdeutschen Vertreter einmal anzuhören und ihnen bei dieser Gelegenheit auch die Wünsche der schweizerischen Handels- und Industriekreise mit Bezug auf den Handel mit der DDR nahezubringen (Meinungsaustausch über die bisherige und künftige Entwicklung des gegenseitigen Handelsverkehrs). Es handelte sich dabei auch um die möglichst direkte Bearbeitung des ostdeutschen Marktes durch private schweizerische Vertreter sowie durch die Zentrale für Handelsförderung (Visumfragen, Propagandawesen) und die Vermeidung eines Dumpings beim Absatz ostdeutscher Produkte. Da für die Errichtung - als Gegenstück - einer privaten oder halboffiziellen Handelsvertretung der Schweiz in der DDR kein Interesse besteht, war zu prüfen, ob allenfalls vermehrte Kontaktmöglichkeiten der schweizerischen Delegation in Berlin in der DDR, unter dem Deckmantel der Interessenvertretung für die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung, geschaffen werden könnten. Schliesslich sollten die ostdeutschen Vertreter an die noch immer nicht geregelten schweizerischen Vermögensinteressen in der DDR (Enteignungen, Frankengrundschulden etc.) erinnert werden, jedoch nicht in einer Form, die dazu führen konnte, dass von ostdeutscher Seite das Anerkennungsproblem aufgebracht wurde.

./.



- 2 -

Die Besucher aus der DDR formulierten im Laufe des Gespräches ein ziemlich weitergehendes Maximalprogramm, nach welchem zwischen den beiden Regierungen ein Abkommen folgenden Inhalts abzuschliessen wäre: gegenseitige Eröffnung von Handelsvertretungen mit konsularischen Befugnissen, Immunität des Leiters und Recht auf direkten Verkehr mit den Bundesbehörden; Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet; Meistbegünstigung und beschränkte Doppelbesteuerung. Diesen weitgehenden Forderungen gegenüber verhielt sich die schweizerische Delegation betont reserviert; sie boten ihr aber die Möglichkeit, konform dem Bundesratsbeschluss an die Forderungen aus notleidenden schweizerischen Vermögensinteressen in der DDR zu erinnern.

Eine zweite Gesprächsrunde ist für kommenden Herbst in Zürich vorgesehen. Der Bundesrat wird zu beschliessen haben, welche äussersten Konzessionen schweizerischerseits allenfalls gegen welche Hochstforderungen eingehandelt werden könnten.

Wir benutzen diese Gelegenheit, um Ihnen mitzuteilen, dass die DDR in einer Note vom 1. März 1968 (die uns von der hiesigen tschechoslowakischen Botschaft übergeben wurde) den Bundesrat einlädt, im Hinblick auf den erfolgten Verzicht auf die Anwendung der Hallstein-Doktrin im Verhältnis der BRD zu Jugoslawien seine Haltung zur DDR einer Ueberprüfung zu unterziehen. Eine Beantwortung dieser Note ist nicht vorgesehen. Hingegen würde es uns interessieren zu erfahren, ob auch an andere Staaten solche Noten gerichtet worden sind; für entsprechende Informationen sind wir Ihnen dankbar.

Abteilung für politische Angelegenheiten

Micheli -

Verteiler

ging an: - alle Schweiz. Botschaften
 - alle ständigen Delegationen der Schweiz
 - Schweiz. Generalkonsulat Hong Kong
 - " " " " Saigon

*Abteilung Marquand
 Herr Petalozzi
 Abteilung Thelmann
 Herr Hasmann
 Herr Cajubadu* } z.K.